

Lehrer klagen über Überstunden

Baselbieter Lehrer leisten gemäss LVB pro Jahr 3,3 Wochen unbezahlte Überzeit



ÜBERSTUNDEN Viel Arbeit für Lehrer ausserhalb des Schulzimmers. Archiv MZ

Bei den Baselbieter Lehrerinnen und Lehrern scheinen unbezahlte Überstunden zum Alltag zu gehören. Dass die von ihnen errechneten 3,3 Wochen Gratis-Arbeit pro Jahr zutreffen, könnten die Ergebnisse der Agendaführung belegen oder widerlegen. Sie fehlen aber noch.

Jürg Gohl

$2072 - 1932 = 140$. $140 : 42,5 = 3,295$. Die Rechnung der Baselbieter Lehrerinnen- und Lehrer ist einfach: Vorausgesetzt sie entsprechen dem durchschnittlichen Schweizer Lehrer, der gemäss einer Umfrage des nationalen Lehrerverbandes 2072 Arbeitsstunden pro Kopf und Jahr leiste, so arbeitet der durchschnittliche Vollzeit-Schulmeister pro Jahr 140 Stunden mehr als die 1932 Stunden, die von ihm im kantonalen Personalgesetz verlangt werden. Das ergibt umgerechnet 3,3 Wochen, welche die Lehrerinnen und Lehrer pro Jahr ohne Entgelt zusätzlich leisten. Dieser Wert lässt aufhorchen, zumal es sich um einen Durchschnittswert, also nicht um Ausnahmen handelt.

Der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland (LVB), der diese Rechenübung angestellt hat, hält fest, dass für seinen Berufsstand die durchschnittliche Arbeitszeit-Belastung in den

vergangenen zehn Jahren um 7 Prozent zugenommen hat. Zurückzuführen ist das vor allem auf die vielen zusätzlichen Aufgaben, die nicht direkt mit dem Unterrichten – also der Lektion, ihrer Vor- und ihrer Nachbereitung – zusammenhängen. Stichwörter sind: Elterngespräche, Weiterbildung, Projektgruppen, Spezialfunktionen, Schulentwicklung und vieles mehr.

15 Prozent des gesamten Arbeitspensums sind für solche Zusatzaufgaben reserviert. Das sei auf die vielen Reformen zurückzuführen, die unter anderem das 2003 eingeführte Bildungsgesetz mit sich brachte.

Mehr Burnouts, weniger Vollpensen

Die Folgen dieser «nachweislich erhöhten Arbeitszeit und zusätzlich verdichteten Arbeit», wie er sie nennt, liegen für den LVB auf der Hand: Sich häufende Burnouts, die Abnahme der Lehrpersonen mit einem Vollpensum von 44 auf 38 Prozent in den letzten zehn Jahren und, damit zusammenhängend, die Feminisierung dieses Berufs. Anders herum: Um den pädagogischen Auftrag überhaupt noch erfüllen zu können, würden viele auf Lohn verzichten. Der Lehrerberuf würde zum Nebenberuf.

Bea Fünfschilling, FDP-Landrätin, Binniger Sekundarlehrerin und LVB-Präsidentin, kritisiert, dass die mit der Agendaführung erfassten Belastungsdaten noch immer nicht ausgewertet sind und deshalb genauere Zahlen, die die tatsächliche Belastung aufzeigen würden, noch immer unter Verschluss gehalten werden. «Als das Staatspersonal zur Zufriedenheit befragt wurde, liess man die Lehrpersonen bewusst aus», kritisiert sie, «ich warte und warte auf unsere Zahlen.» Sie ist zudem fest überzeugt, dass die nächsten Änderungen für zusätzliche Belastungen sorgen dürften, und warnt auch aus diesem Grund vor Harnos.

Auch Madeleine Göschke, die Landrätin der Grünen, die vor über drei Jahren die Auswertung der Agendaführung gefordert hatte und eben wieder getröstet wurde, fordert: «Nun müssen Zahlen endlich auf den Tisch.» Göschke und Fünfschilling attestieren beide der klaren Mehrheit der Lehrer, «trotz dieser Umstände» hervorragende Arbeit zu leisten.

Wüthrich zieht Studie in Zweifel

Regierungsrat Urs Wüthrich, der die nationale Umfrage und damit die davon abgeleitete Baselbieter Rechnung als «unseriös» bezeichnet, verspricht diese Erhebung. «Ich bin nur an den Baselbieter Zahlen interessiert», sagt der Baselbieter Bildungsdirektor. Er kenne viele Lehrpersonen, die mit dem vorgegebenen Zeitrahmen gut zurecht kommen. Bea Fünfschilling hingegen ist überzeugt, dass das Gros der Lehrer Mehrarbeit leiste. Wüthrich räumt ein: «Fraglos hat sich die qualitative Beanspruchung deutlich verschärft.» Zur quantitativen Belastung, also zu den 3,3 Wochen Überstunden im Jahr, möchte er aber verbindlichere Zahlen sehen.

Wüthrich nimmt auch die Schulleitungen in die Pflicht: Sie müssen dafür besorgt sein, dass ihre Lehrer mit den 15 Prozent für alle anderen als deren Kernauftrag auskommen.

Quelle: Basellandschaftliche Zeitung

Letztes Update: 04.03.10, 21:34 Uhr